

Wer wird König von Ungarn? Die Erledigung der Entwaffnungsfragen.

Karl Freiherrn von Werfmann.

Die Abgeordnetenvahlen, die Wiederherstellung eines Oberhauses, die Ankündigung der Heise des Grafen Bethlen nach Rom und nicht zuletzt das zweideutige Verhalten eines immer wieder als Thronprätendent genannten Mitgliedes des Hauses Habsburg haben ziemlich allgemein den Eindruck erweckt, daß die Königsfrage in Ungarn nun endlich zur Lösung gelangt werde. Schärfere als nach den mißglückten Restaurationsversuchen des Königs Karl prallen die Gegensätze zwischen Legitimisten und Königsanhängern aufeinander. Und es gleich zu sagen: Die meisten Stimmen vereinigen sich zu einem Chöre, der dem ungelährte folgende Melodie herauszubören ist: Der Erbprinz, das ist Otto, der erstgeborene Sohn Karls IV., kann wegen des Absterbens fremder Mächte den Thron nicht bestiegen. Es wird daher wohl zu einem Königtume Albrecht, Sohnes der Erzherzogin Isabella und des Erzherzogs Friedrich, kommen.

Die eigenümliche Fassung und Begründung dieser Prophezeiung beweist, daß die ungarische Königsfrage, soviel und von so vielen sie auch schon „aufgestellt“ worden ist, noch immer nicht verstanden wird. Drei Zeitsätze lassen sich an die Spitze einer jeden Untersuchung dieses Problems stellen:

1. Die Mehrheit des ungarischen Volkes ist legitimistisch gesinnt. Wäre es anders und hätten diejenigen recht, die eine Kandidatur des Erzherzogs Maximilian mit dem Widerstande des Auslandes gegen die Mehrheit des Erbkönigs begründen, also für die Thronbesteigung Albrechts einen solchen Widerstand nicht annehmen vorzuziehen, dann müßte doch die Königsfrage schon längst gelöst sein!

2. Weder könnte der Erbprinz noch Erzherzog Albrecht den Thron besteigen, weil sich das Veto des Auslandes gegen beide, überhaupt gegen alle Hohburger, richtet. Das Veto der im Weltkrieg siegreichen Großmächte (die Vereinigten Staaten von Amerika ausgenommen) ist in die Resolution der Pariser Völkerversammlung vom 2. Februar 1920 gefaßt, die besagt, daß die altenen Großmächte eine Restauration der Hohburger in Ungarn weder anerkennen noch dulden können. Der Widerstand der Mitglieder der Kleinen Entente gegen eine Restauration der Hohburger (nicht nur Karls IV. und seiner Nachkommen!) brüllte sich unter anderem in dem Proteste gegen das Entschonungsgesetz vom November 1921 aus, das als ungenügend erklärt wurde, weil es wohl Karl IV. betronisiert und die Erbfolge für erloschen erklärt, aber nicht den Einzug eines Hohburgers im Wege des Abstammungsrechts ausgeschlossen habe.

3. Ganz allgemein, ohne Rücksicht auf die Personen geprochen: Eine beliebige Lösung der Königsfrage ohne ernste Berücksichtigung Ungarns ist nicht denkbar, solange Ungarn in dieser Frage irgendwelche Fesseln trägt. Die früher angeführte, Votischeresolution ist die bedeutendste Beschränkung der Entschliessungsfreiheit des ungarischen Volkes. Erst mit der Aufhebung dieser Fesseln stellt das formelle außenpolitische Hindernis einer Thronbesteigung Albrechts weg. Damit aber auch dasjenige der Rücksicht Ottos nach Ungarn, auf das die Kandidatur Albrechts gestützt wird.

Der in meinen bisherigen Ausführungen den Versuch eines Beweises erlitten haben sollte, daß es ein Königum Albrechts nicht geben könne, wird mir bleibend vorstehen wollen, daß ein „Flehen Papier“ oder moralische Bedenklichkeiten einen entschlossenen Prätendenten noch nie gehindert haben, sich die ersehnte Krone aufs Haupt zu setzen, und daß die Mächte schon manches anerkannt haben, was sie noch besser verbannt hatten. — Diese Einwände würden einem Befehlern gemacht werden — Ich wollte mit meinen Feilschen nur die Irreführung aufdecken, die in dem Vernünftigen liegt, die Kandidatur Albrechts mit der außenpolitischen Unmöglichkeit der Thronbesteigung Albrechts zu begründen und zu „entschieden“, — Ich wollte weiter andeuten, daß eine Thronbesteigung Albrechts nur im Wege eines Quittens und jedenfalls nur im Wege eines Verraths an Ungarn, bestünde.

Ungarn hat die Oktoberrevolution und den Bolschewismus verhältnismäßig reich (weim auch noch nicht ganz) mit Hilfe von Kräften überwunden, die es aus dem Legitimusmus sog. — Tausenjährige Verfassung — Rechtskontinuität — Tradition — Heilige Schranke: das sind Worte aus dem täglichen Sprachgebrauch der Ungarn! Das sind aber letzten Endes nichts anderes als Neuerungen eines starken, auf Rechts- und Gesetzmäßigkeit eingestellten, also — legitimistischen — Volkes! — Wer die Dinge so ansieht — und sie sind bestimmt nicht anders zu sehen — wird sofort die Schwäche eines etwaigen Königtums Albrechts erkennen. Dieses Königtum würde die von Erzherzog Josef und seinen Ministerpräsidenten Friedrich im Angriff gegenkommene, von ihren Ratschägern schlecht und recht unterstützte Überdrück der durch die Oktoberrevolution unbegriffenen Kluft jäh unterbrechen, würde die im Oktober 1918 gestörte Rechtskontinuität noch schwerer verletzen, würde nicht an das Geseßen antknpfen, sondern das von den Oktobermännern begonnene Werk der

Ein Kompromiß.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 2. Febr. (Drahtb.)

Bei dem Problem der Abfertigungen drehte es sich in Paris nicht um die eigentlichen und ständigen Festungsanlagen, sondern um Anlagen, welche während des Weltkrieges eingerichtet und nach Friedensschluß eingebaut worden waren, jedoch nach dem Jahre 1920 zum Teil wieder neuhergestellt oder zum Teil ergänzt wurden. Von den deutschen Unterhändlern war, wie ein der Hilfsmittelfrage nachsehender Blatt des Näheren erzählt, der Standpunkt vertreten worden, daß es sich bei diesen Anlagen um Ergänzungsbauten handle, während die gegnerische Seite sie als Neubauten bezeichne. So ging dann der Kampf im wesentlichen um die Frage: Neubauten oder Ergänzbauten. Da beide Seiten der Ueberzeugung waren, daß eine Behandlung durch das Haager Schiedsgericht nur eine formale Lösung mit sich bringen könnte, einigte man sich dahin, die Verhandlungen vom militärischen und praktischen und nicht vom juristischen Standpunkt aus zu führen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß jede Seite ihren juristischen Standpunkt nicht preisgab. Es wurden seit 1920 im ganzen 88 derartige Betonunterstände hergestellt. In Paris einigte man sich nun dahin, daß von diesen 88 Unterständen 54 erhalten blieben und 34 zerstört werden müßten. Die Verhandlungen, die zu diesem für Deutschland verhältnismäßig günstigen Ergebnis führten, gestalteten sich außerordentlich schwierig. Noch vor wenigen Wochen stand die Vorkonferenz auf dem Standpunkt, daß alle 88 deutschen Unterstände vernichtet werden müßten. Als großes Zugeständnis wurde von alliierter Seite betrachtet, daß General Koch sich vor einer Woche bereit erklärte, sich auf die Forderung der Vernichtung von Dreizehnteln der Unterstände zu beschränken. Erst im Laufe der letzten Woche ist es den deutschen Unterhändlern gelang, die Mehrzahl der Anlagen zu retten. Ein weiterer wichtiger Verhandlungspunkt war die Erneuerung des verderblichen Materials der Festungsbauten. Bisher mußte die Reichsregierung jedesmal um Erlaubnis nachfragen, wenn das durch die Zeit verwitterte Material der Bauten ersetzt werden sollte. Die neuen getroffenen Abmachungen sehen vor, daß in Zukunft verderbliches Material, wie beispielsweise Erz, Holz- und Ziegelbauten, durch Beton- oder Steinbauten ersetzt werden soll.

Der Notenaustausch.

Z Berlin, 2. Febr. Nachdem in der Entlohnungs-
 frage die sachliche Einigung über alle Punkte erfolgt ist,
 steht nunmehr auch die formelle Erledigung durch A-
 notenaustausch zwischen der Votschafterkonferenz
 und der deutschen Votschaft in Paris unmittelbar vor
 dem Abschluß. So ist am 31. Januar über die Frage
 des Luftfahrgerätes, sowie über die sachlich
 bereits in den Pariser Verhandlungen anfangs De-
 zember geregelten Fragen, die Verbände und die
 zugehörige Einstellung in die Reichs-
 wehr betreffend, der abschließende Notenaustausch
 erfolgt. Der Notenwechsel über die Waffnungen
 und das Kriegsmaterial ist in den nächsten
 Tagen zu erwarten.

Keine Generalurteilung.

(Berlin, 2. Febr. Zu der Auffassung, daß Deutschland nach der Zurückziehung der Militärkontrollkommission von der Botschafterkonferenz eine Generalkonferenz

Hertrümmung der ganzen ungarischen Tradition vollenden. Dieses Königtum stellte sich demnach nicht als eine Entwicklungsphase in dem Prozesse der Wiedereinführung des ungarischen Königtums, sondern als eine Szene im Drama einer neuen Revolution dar. Es ist darnach durchaus zu verstehen, daß immer mehr ungarische Patrioten sagen: „... dann lieber die Republik“ und jähnelnfort in die Dröhung des Böhm s, des eifigen roten Armeekorpskommandanten, anstimmten: „Es muß noch einmal Oktober werden!“ Daß die Dröhung Böhm s weit gefährlicher ist, als die Herzogweilung der sich gegen ein „orleantifches“ Königtum hebenden ungarischen Patrioten, weiß jeder, der mächten kennt.

Die Frage, was wäre, wenn Ungarn eines Tages
Wortst auf dem Throne säße, ist kürzlich an den
Präsidenten Apponyi herangetragen worden. Der
Vizekönig der ungarischen Nation fand sofort die An-
wort: „Nichts wäre geschehen! . . . Mit Ge-
walt kann man schließlich diesen oder jenen auf den
Thron setzen, an der Tafel, daß wir einen einzigen
christlichen König haben, König Otto II., würde das aber
nichts ändern. Auf dem Wege der Thaten mag auch
an anderer vom Königsthron Besitz ergreifen, aus
Rechtszustand kann kein anderer König von Ungarn sein.“
Rechtszustand und tatsächlicher Zustand sind in die-
sem Punkt in schroffem Gegenüber gesetzt. Seinen Zu-
sichern hat es Graf Apponyi überlassen, sich auszumalen,
daß Ungarn auf solchen Fieberdruck reagieren würde.

lung über die Erledigung der Entwaffnungsverpflichtungen bekommen müßte, ergäßen wir von zutüftlicher Stelle, daß dies nicht nötig ist. Das im Dezember in Genf unterzeichnete Protokoll und die verschiedenen Rotenwechsel genügen vollständig. Was die sogenannten Restpunkte, Kriegsmaterial und Festungen betrifft, so ist ein Protokoll unterzeichnet worden, dem im Laufe des heutigen Tages noch einige Anlagen beigegeben werden. Daran wird sich dann ein Rotenwechsel schließen.

Französische Stimmen.

Δ Paris, 2. Febr. Der offizielle „Petit Parisien“ betont bei Besprechung des Abzuges der Hauptstadtverhandlungen den Umstand, daß das geistliche Liebeskommunikon von der Vorkonferenz ferngehalten wurde. Es habe für den Frieden Europas eine lebendige Trostquelle, da es eine genaue Auslegung des Artikels 180 des Versailles-Trattates ermögliche und im einzelnen die Beziehungen an der deutschen Ostgrenz regule. Das „Matin du Nord“, das „Petit Journal“, lobt die von den deutschen Unterhändlern während des ganzen Verlaufes der Verhandlungen bewiesene persönliche Haltung. Das Blatt glaubt zu wissen, daß es sich um die Tschekoslowakei den getroffenen Vereinbarungen zugestimmt haben. — Der „Temps“ verweist sich zu der Behauptung, daß Deutschland in seinem Augenblick der Verhandlungen den Beweis guten Willens erbracht habe. Die deutschen Unterhändler hätten einen Geisteszustand an den Tag gelegt, der sich schwer mit der Entspannungspolitik von Locarno und Genf vereinbaren lasse. Nur eine aufmerksame Prüfung des Textes des Abkommens könne den technischen Wert dieser Regelung barum. Man dürfe sich aber nicht verhehlen, daß die Atmosphäre, in der das Abkommen geschlossen wurde, nicht ermutigend wäre. — Das „Journal des Debats“ erklärt, daß die deutsche Regierung bis zur letzten Minute gefestigt habe. Das Blatt bebauert dann, daß bei den Friedensverhandlungen im Jahre 1919 die Alliierten sich nicht an die Finanzkontrolle über Deutschland gehalten haben. Bei der Völkerrund noch Frankreich könnte etwas gegen die Verwendung großer Summen im Reichsbudget zur Zwecke der Reichspolitik unternehmen. Die militärische Organisation Deutschlands müsse sich in Zukunft und Stillen vorzuziehen. Man könne nicht zulassen, daß unter dem Vorwand einer angeblichen Gefahr eines Angriffs durch eine andere Macht Deutschland sich über das Maß hinaus beschütze, was ihm gestattet sei. — Die „Liberte“ meint, daß Deutschland großes Gewicht auf eine Verständigung mit der Vorkonferenzsetzung durch das Versailles-Komitee gelegt hat. In Deutschland wisse man wohl, daß es viel leichter sei, alle Offensiv- und Defensivanlagen zu erhalten wenn die Kontrolle einmal verabschiedet sei. Das Recht der Völkerrund einseitig werde Deutschland nicht hindern, bei Königsberg Verhandlungen zu schaffen.

Die englische Presse.

London, 2. Febr. Das Ende der Interalliierten Militärkontrolle in Deutschland gibt der Londoner Presse Gelegenheit zu längeren Betrachtungen. Im allgemeinen ist die Auffassung vorherrschend, daß das Ende der Militärkontrolle in Deutschland nicht zu bebauern sei. — Der „Evening Standard“ schreibt, daß der Völkerverbund ebenso wie die Interalliierte Militärkontrollkommission in der Lage sein werde, das wenige was nun, was noch zu tun übrig bleibe. Ein großes Unbehagen auf die Dauer entwirft man zu halten, sei unmöglich. — Der „Manchester Guardian“ sagt zu der gleichen Frage, daß das Ende der Militärkontrolle das Ende einer besonders unfreundlichen Haltung gegen Deutschland bedeute. Es habe sich Jahre gedauert den Entschärfungsprozeß zu verwickeln, der am Morgen des Waffenstillstandes mit der Uebergabe der ganzen militärischen Ausrüstung begann. Es habe aber sehr noch einige Fragen, die der baldigsten Entscheidung durch die Völkerkonferenz zugehen.

Ungarn, in dem anno 1848 „Revolutionäre“ im Reichen Ferdinand des Gütigen gegen Franz Josef kämpften, weil des ersten freiwillige Abdonnung nicht in gebührender Form angezeigt worden war! Solche Ueberlegungen können zu einem unfassbar traurigen Ausbild in die Zukunft Ungarns leiten, wenn Ungarn verfügen, wie es bis zur Verhöhnung des anderspolizeilichs Maßoffs den Anschein hatte. Heute ist der Ministerpräsident Graf Bethlen alle Macht in seiner Hand. — Will nun Graf Bethlen einen König Béla V.? — Hält er die Zeit für die Lösung der Königsfrage bereits gekommen? — Zwei Fragen, von deren Beantwortung das Schicksal Ungarns abhängt.

niemals demnach die Lösung der Ungarnfrage abhängig.
Niemand weiß, für welche Lösung Graf Bethlen
beste ist. Seit einigen Tagen wissen wir aber, daß er
das Problem nicht als eine Aufgabe der „nahen
Zukunft“ ansieht. Nach einer Rede in der ersten nach
den Wahlen einberufenen Konferenz der Regierungspar-
tei betrachtet er die Königsfrage nach wie vor als
eine der inure/äußeren Angelegenheit des ungarischen
Volkes, de facto aber als eine außenpolitische Frage.
Die Lage ist, wie er sagte, noch nicht reif, daß sich die
Regierungspartei über den Reichstag mit der Königs-
frage befassen müßte.

Man darf diese Worte als Ausdruck der Ueber-
zeugung des Premiers auffassen, denn sie werden
unter jeder Bedingung gerecht. Die Beziehungen zwischen den

Vor Abgabe der Regierungserklärung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 2. Febr. (Drahtber.)

Die Beratungen des Reichskabinetts galt heute dem Regierungsprogramm, das morgen nachmittag 2 Uhr vor dem Plenum des Reichstages verlesen werden soll. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, handelt es sich um ein umfangreiches Dokument, das sehr eingehend alle Fragen der Außenpolitik, der Innenpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Kulturpolitik und der Sozialpolitik zum Gegenstand der Erörterung macht. Den Reichsministern ging der Entwurf bereits heute früh zu, damit sie sich über den Inhalt bis zu dem Zusammentritt des Kabinettsrats unterrichten konnten.

Am Donnerstag wird nach der programmatischen Erklärung des Reichstanzlers eine Pause eintreten, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über ihre Stellungnahme zum Programm schlüssig zu werden. Die Regierungsparteien werden voraussichtlich eine kurze gemeinsame Erklärung abgeben lassen. Es steht jedoch so gut wie fest, daß die einzelnen Fraktionsparteien außerdem auch einen eigenen Redner vorschreiben werden. Ob die Debatte schon am Donnerstag abend oder erst am Freitag mittag beginnt, ist noch von weiteren Dispositionen des Reichstanzlers abhängig. Da für die gesamte Aussprache der ganze Rest

Die in dieser Hinsicht gewonnenen Erfahrungen der ganze Reichstag sind in Aussicht genommen. In sehr genügend Zeit zur Verfügung, die unumgänglich notwendig gewordenen grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien vorzunehmen. Bekanntlich kommen nach Abgabe der gemeinsamen Erklärung der Regierungskoalition die Oppositionsparteien zum Zug. War zu schweres Geschäft wird wohl nicht ausgefallen werden. Denn viele Anzeichen sprechen dafür, daß selbst links gerichtete Kreise der neuesten Entwicklung gegenüber nicht so ablehnend gegenüberstehen, wie das Kärntnerer der sozialistischen und demokratischen Blätter vermuten lassen könnte. In dieser Hinsicht sei auf die „*Völkische Zeitung*“ Bezug genommen, die in diesem Fall vielleicht als Sprachrohr der einschlägigeren Elemente angesehen werden darf, wenn sie schreibt: „So innerlich brüdig die neue Mehrheit ist, so wenig Zusammenhalt sie vermischt, — es liegt doch durchaus im Interesse einer innerpolitischen Gesundung, daß sie regiert, bis dieser Reichstag sein natürliches Ende findet.“ Die anderen Organe der Linksparteien, also z. B. das „*Berl. Tagebl.*“ und der „*Vorwärts*“, schreiten dagegen unentwegt fort, die Äußerungen ihrer schreibenden Buten dem Stachel zu lassen, bevor noch der genaue Text der Regierungserklärung bekannt ist und die Taten des Kabinetts zur Urteilsbildung herangezogen werden können. Als Beispiel dieser unverantwortlichen Setze mag ein Telegramm dienen, das dem „*Berl. Tagebl.*“ aus Darmstadt (Hessen) wohnt:

„In der Reihe von politischen Vorträgen, welche die demokratische Partei gegenwärtig in dessen veranfaßte, sprach Honorater Krell über die neue Reichsversammlung. Krell teilte mit, daß er durch Zufall in ein telephonisches Gespräch gekommen sei, dem er dabei die Beifügung erhielt, daß Krell fortgesetzt als Zentrumsmann zu betrachten sei, eine Infinitesimalität, die von der Zeitung bereits befolgt wurde.“ Anständige Menschen pflegen das Frier- und Telefongeschehen zu wahren. Der demokratischen Presse der Meinung jedes Mittel recht zu sein, um eine Person, die noch vor wenigen Tagen offiziell der Demokratischen Partei angehörte, in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Die Kampfweise einer gewissen Presse ist seit einiger Zeit auf eine sehr niedrige Stufe des politischen Anstandes gesunken, daß man nur mit Bedauern davon Kenntnis nehmen kann. Dabei legen der gerade diese Organe sonderbarer Dinge Wert darauf, landstammiträger einer vornehmen Kampfesgesinnung zu sein.

Strejemanns Urlaubspläne.

Δ Berlin, 2. Februar. (Eig. Drahtber.)

Nach dem Abschluß der politischen Debatte, also vor-
herausgehend am Sonntag, beschäftigt Reichsaussen-
minister Dr. Stresemann einen längeren Er-
holungsurlaub anzutreten, der womöglich bis
um Beginn der Tagung des Völkerrund-
tisches im März ausgedehnt werden soll. Die
Tagung des Völkerrundrates wird wahrscheinlich
weder in Genf stattfinden. Sollte sich aus der all-
gemeinen diplomatischen Lage die Möglichkeit einer
Besprechung der Locarno-Mächte
über die Räumungsfrage ergeben, was be-

taunlich im Dezember vorgehen war, so würde die-
Verprechung vermutlich nicht in dem in einem
anderen Orte des Südens, vielleicht an der Riviera,
abgehalten werden. Da der Außenminister seinen Urlaub
an der Riviera verbringen will, würde diese Verprechung
dann vor der Genfer Ratstagung stattfinden können.
Die positive Meldung einiger Abendblätter aber, daß Dr.
Strefmann in Kizza mit den Vertretern der übrigen
Kolono-Mächte zusammentreffen werde, heißt etwas,
was vielleicht möglich ist, voreilig als beschlossene Sa-
che hin.

Eine bereits wieder erörtere Verschiebung des
Urlaubs des Reichsaussenministers wird nur eintreten,
wenn schon in den nächsten Tagen die diplomatische
Lage das notwendig machen oder wenn der Reichstag
Wart darauf legen sollte, daß der Außenminister bei
der Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes, die
im Hauptauschuss in den nächsten Tagen noch fortgesetzt
werden muß und die auch im Plenum im Laufe des
Februar stattfinden soll, persönlich anwesend ist. Da es
schon bei dieser Staatsberatung kaum um die Er-
örterung großer politischer Fragen, sondern wahr-
scheinlich nur um die Fragen der Organisation des Aus-
wärtigen Amtes gehen wird, glaubt der Außenminister
vorläufig auf diesem Grunde seinen Erholungsurlaub
nicht aufschieben zu müssen.

Falsche Auffassungen.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht durch
ihren parteiamtlichen Pressedienst, die „Nationalistische
Korrespondenz“, eine längere Erklärung, in der den
Wählern das Verhalten der volksparteilichen Reichs-
tagsfraktion in der Regierungstrife klar zu machen ver-
sucht wird. In dieser Erklärung befindet sich eine Stelle,
die nicht unverständlich bleiben darf. Es wird dort
zum Schließen der Verhandlungen des Reichsaussen-
ministers Dr. Curtius gesagt:

„Mitten in diese Verhandlungen hinein kam die Ab-
sage der Zentrumsfraktion an die von
Dr. Curtius erklärte Lösung. Wir haben diese
Abweisung für grundfalsch gehalten, da nach den
Erklärungen der Herren v. Güterb. und Siegelwald
angenommen werden mußte, daß das Zentrum grund-
sätzliche Bedenken dagegen erhebe, gegenwärtig mit der
Deutschnationalen Partei zusammenzuarbeiten. Die
weitere Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß diese Be-
denken weniger grundsätzlicher Natur waren als viel-
mehr darin zum Ausdruck kamen, daß das Zentrum
die Führerschaft nicht aus der Hand
geben und ein Kabinett bilden wollte, in
dem die Deutschnationalen und das Zent-
rum zusammen eine übertragende Stel-
lung einnehmen sollten. Die Deutsche Volkspartei
hat eine solche Entwicklung, die im Gegensatz zu der von
ihren Erklärungen der Mitte nach rechts lag, zu
verhindern gesucht. Sie wäre in der Lage gewesen, ihre
Ansprüche auf Vertretung im Kabinett nach der Be-
deutung der hinter ihr stehenden Wählerkräfte und
ihrer Stellung im deutschen Volk und Wirtschaft-
leben durchzusetzen, wenn sie es auf den Druck des Ka-
binetts hätte annehmen lassen. Wenn sie das nicht getan
hat, ohne ihre Ansprüche irgendwie aufzugeben, so ge-
hört das mit Rücksicht auf die dringende Bitte des
Reichspräsidenten, die Möglichkeit dieser Kabinettbil-
dung nicht in der Hand der Reichspräsidenten
selbst nicht in eine für ihn schwierige Lage zu bringen.“

Was in dieser Erklärung vom Zentrum behauptet
wird, ist nicht richtig. In den acht Jahren seit der
Revolution ist unzählige Male von berufenster Zent-
rumsseite erklärt worden, daß das Zentrum grund-
sätzlich Bewegungsfreiheit nach links und nach
rechts habe. Die Deutsche Volkspartei mußte also
wissen, daß das Zentrum keine grundsätzlichen Bedenken
gegen ein Zusammenarbeiten mit der Deutschnationalen
Partei hatte, wohl aber bestanden insofern starke Bedenken,
als das Zentrum sich wegen des bisherigen Verhaltens der
Deutschnationalen unmöglich zu einer Koalition mit
ihnen entscheiden konnte, solange nicht alle Möglichkeiten
ein regierungsfähiges Kabinett mit dem Schwerpunkt in
der Mitte zu bilden, erschöpft waren. Erst
als es sich ergab, daß sowohl die Große
Koalition wie auch ein Kabinett der Mitte
mit Zuzugnahme nach links von der Deutschen
Volkspartei abgelehnt wurde, sah das Kabinett
der Mitte mit Inneziehung an die Deutschnationalen
aber an deren Haltung scheiterte, wurde für das Zent-
rum, das eine Mittelpartei ist und daher in sich Ver-
ständnis gegen eine Flankenstellung hat, die Frage
diskutierbar, ob man es denn doch nicht einmal mit
einer Regierung versuchen sollte, in der auch die
Deutschnationalen vertreten seien. Aber auch dann
kam es für das Zentrum darauf an, die Vertretung
von der Mitte nach rechts auf ein
Minimum zu beschränken. Die Führung des
Kabinetts durch Dr. Curtius, der zum rechten Flü-
gel der Deutschen Volkspartei gehört, würde das Ge-
genteil bedeuten haben. Darum mußte das Zent-
rum Wert darauf legen, daß, wenn schon die Koali-
tion mit der Deutschnationalen nicht zu vermeiden
war, dann doch die Führung des Kabinetts
nicht in fremde Hände geriet.

Ganz abgesehen ist die Annahme der Deutschen
Volkspartei, das Zentrum habe ein Kabinett bilden
wollen, indem es selbst die Deutschnationalen
aufzunehmen sollten. Zwei deutschnationale Minister
waren zwar während dieser Verhandlungen als
Mitglieder der Volkspartei ihren dritten Ministerposten
wirklich gern gelassen haben. Da aber die Deutschna-
tionalen auf die Stärke ihrer Fraktion pochten, war
nun einmal nichts anders möglich, als eine arithme-
tische Verteilung der Portefeuilles, und dabei blieb nur
übrig, daß sowohl das Zentrum wie auch die Deutsche
Volkspartei einen Ministerposten für die Deutschna-
tionalen freimachten. Die parteiamtliche Erklärung der
Volkspartei geht offensichtlich darauf hinaus, die län-
geren, längst als erfunden bezeichneten Behauptungen
ihrer Presse über eine weitgehende kulturpolitische Ver-
bindung zwischen dem Zentrum und den Deutschna-
tionalen unter geistlicher Führung in anderer
Form aufzuwärmen, um damit ihre Bedeutung als
Vertreterin liberaler Ideen in der Regierung zu be-
stärken. Sie mag das aus dem Bedürfnis tun, das sich
für sie aus der Begründung der Opposition der Demo-
kraten, der zweiten liberalen Partei, ergibt, die sich ja
gerade gegen die kulturpolitischen Forderungen der
Mittelklassen gewandt hat. Die Volkspartei aber hat
diesen Mitteln zugestimmt. Will sie jetzt von die-
ser Zustimmung absehen? Wenn nicht, dann wäre
es für die von ihr seit langem erstrebte und jetzt im
wesentlichen erreichte „Zusammenfassung der bürgerlichen
Kräfte“ wahrhaftig ungünstig, wenn sie sich den Verab-
redungen anderer Koalitionsparteien fernhielte.

England fügt sich den chinesischen Forderungen.

Verzicht auf Exterritorialität und Konzessionen.

London, 2. Febr. Der britische Funk-
spruch veröffentlicht heute die britische Forderung,
die am 27. Januar den chinesischen Regierun-
gen in Peking und Hankau zur Beilegung
des britisch-chinesischen Konfliktes über-
reicht worden sind. Nach diesen Forderungen ist die
britische Regierung bereit, ihre in China lebenden
Staatsbürger einer modern eingerichteten chine-
sischen Zivilgerichtsbarkeit zu unter-
stellen und auf die Prozessualnahme briti-
scher Juristen zu verzichten. Ferner ist sie be-
reit, ein modernes, einheitliches Zivil- und
Handelsrecht für ganz China auch bei den britischen
Gerichtshöfen in China in Anwendung zu bringen. Die
in China lebenden Briten sollen auch zur Zah-
lung aller gesetzlichen chinesischen Steuern
verpflichtet werden. Die Anwendung eines
revidierten chinesischen Strafrechts soll ebenfalls von
den britischen Gerichtshöfen in Erwägung gezogen wer-
den. Auf Grund britischer Abkommen sollen die briti-
schen Konzessionen den aufgestellten jetzt un-
ter chinesischer Kontrolle stehenden Konzessionen gleich-
gestellt werden. Die chinesischen Gerichte sollen sich in
Zukunft ebenfalls vor den chinesischen Gerichten verant-
worten.

Der britische Unterhändler in Hankau hat dem Kan-
tonischen Außenminister bei der Übergabe dieser Vor-
schläge erklärt, daß sie, wenn der bisherige Zustand in
den britischen Konzessionen chinesischerseits nicht gewalt-
sam geändert wird, alsbald verworfen werden könnten.

Englischer Protest in Peking.

Peking, 2. Febr. Die britische Gesandtschaft hat
bei dem Minister des Äußeren gegen die Ent-
lassung des Generalinspektors der Zoll-
verwaltung, Sir Francis Aglen, Protest erhoben.

Friedensbereitschaft der Kantonregierung.

Kowloon, 2. Febr. Die „Associated Press“ aus
Hankau meldet, daß die Kantonregierung am 1. Febr.
Bereitschaft erklärt, einen neuen Ver-
trag mit Großbritannien zu unterzeich-
nen, sobald die britischen Truppen aus Schanghai
zurückgezogen worden sind.

Die Kantontruppen beschlagnahmen wieder fremde Dampfer.

London, 2. Febr. Wie aus Schanghai gemeldet
wird, haben die Kanton-Truppen mehrere französische,
japanische, italienische und schwedische Dampfer für
Truppentransporte zur Vorbereitung der Gegenoffensive
gegen Tschangtschun beschlagnahmt.

Der Charakter der russischen Instruktionen in China.

London, 2. Febr. In einem Interview mit dem
„Times“ hat der russische Gesandte in Peking, der
Ritter des Ordens des Heiligen Stanislaus, ein diplomatisches
Agent der Sowjetregierung, die russischen
Instruktionen in der nationalchinesischen Armee seien ledig-
lich freiwillig.

Der Reichsländbund in Kiel.

Der Reichsländbund, der zur Zeit in Berlin
seine Jahresversammlung abhält, steht unter starkem
finanziellen Druck. Er hat in den letzten Monaten
eine recht ansehnliche Reihe von Bankrotten lokaler
Organisationen und von Insolvenzen ihm angeschlossener
oder nahegelegener Bankinstitute erlebt, und Leute, die
es wissen müssen, behaupten, daß in wenigen Wochen
der Bankrott des Bundes selbst folgen
müsse, wenn nicht von irgend einer Seite
Hilfe käme. Man weiß in diesem Zusammenhang
auf den neuen deutschnationalen Reichslandbunds-
minister hin, der an die Spitze desjenigen
Amtes gelangt ist, das die landwirtschaftlichen Fonds
verwaltet.

Erst in den letzten Wochen ist die Landbun-
dorganisation des Reichs West-Sternberg
in Reppen mit einem großen Defizit zu-
sammengebrochen. Unzählige kleine Einzel-
güter, die keine Besitzer, haben aber Gut und Vieh
verloren. Der Hauptaktionär, Rittmeister a. D. Graef,
ist flüchtig und wird von der Staatsanwaltschaft wegen
betrügerischen Bankrotts verfolgt.

Auch in Schlesien macht der Landbund zurzeit
eine schwere Krise durch. Die Landbank
in Breslau war bereits im letzten Herbst durch den
Bankrott der West-Sternberg-Bank in finanzielle
Schwierigkeiten geraten. Durch Verschleissung der pro-
minenten Grundbesitzer gelang es vorübergehend, eine
Stütze zu erreichen. Aber im Januar 1927 ging die
Bank doch in Konkurs. Auch hier sind es wieder
vorwiegend kleine Bauern gewesen, die zu Schaden
gelangt sind. Auch die kürzlich in der Presse erörtere
Sezession einer deutschnationalen Parteigruppe in
Südwestfalen fällt unter das Konto: Landbunds-
Krisen.

Bekannt ist ferner, daß der Westfälische Land-
bund vor außerordentlichen finanziellen
Schwierigkeiten steht. Der kurze Zeit hat
seine Zentralgenossenschaft Bankrott
machen müssen mit einer Schuldsumme von 1,8
Millionen Goldmark. Gerade die finanzielle
Schwächung des Landbundes ist einer der Hauptgründe
mit, weshalb heute in Westfalen unter dem Schlagwort:
Bereinigung, Verbilligung und Verschmelzung der
Organisationen gearbeitet wird, um das Funda-
ment des Westfälischen Bauernvereins
zu untergraben. Meist aus westfälischen
Gründen ist es ein Ding der Unmöglichkeit, daß eine
Verschmelzung von Landbund und Bauernverein statt-
finden kann. Auf der anderen Seite versuchen nun ge-
wisse Persönlichkeiten, dieses Moment auszunutzen, um
unter dem Deckmantel des westfälischen Bauernvereins
am Bauernbund machtpolitische Ziele zu ver-
wirklichen. Das Verhalten des Herrn von
Lüding im Bauernbund ist der Beweis dafür.
Was im Rheinlande nicht gelungen ist, das soll nun in
Westfalen geschehen, und zwar unter dem Schlagwort:
Wenn die Führer nicht wollen, dann muß die Bewe-
gung von unten heraus kommen. Die westfälischen
Bauern lehnen derartige Pläne respektlos ab. Hinter
Herrn von Lüding im Bauernbund stehen nur einige
Kreise des Landbundes.

Der Entwurf einer neuen Kernsprechordnung.

Berlin, 2. Febr. Der Arbeitsausschuss des Ver-
waltungsrates der Deutschen Reichspost hat beschlossen,
den Verwaltungsrat folgende Regelung der Gebühren
für den Fernsprech-Druckverkehr vorzuschlagen:

Die Grundgebühr für die Bereitstellung des
Fernsprechkreislaufes soll statt 5-12 Reichsmark, die der
Entwurf der Verwaltung vorlegt 3-8 Reichsmark be-
tragen. Die Ortsgesprächsgebühr soll je nach
dem Verkehrsumfang auf 10, 9 und 8 Pfennig bemessen
werden. Mindestens haben die Teilnehmer 20 bis 40
Ortsgespräche im Monat zu bezahlen.

Die Fernspreckgebühren für Entfernungen
zwischen 15 und 75 Kilometer sollen von 45, 90 und 120
Pfennigen auf 40, 60 und 90 Pfennigen ermäßigt
werden. Die Gebühr für Ferngespräche, die die Dauer
von 3 Minuten übersteigen, wird allgemein nach Ein-
zelminuten berechnet werden. In der Zeit von 7
Uhr abends bis 8 Uhr früh soll im Fernverkehr nur
% der Tagespreise erhoben werden. Im Fern-
verkehr der Großstädte mit den benachbarten Orts-
netzen sind erhebliche Gebührenermäßigungen beabsichtigt.
Geratet werden ferner die meisten Sätze der Ein-
richtungsgebühren.

Von Nah und Fern.

Großfeuer in einer Teerfabrik.

Duisburg, 2. Febr. Gestern brach in der Teer-
verwertungsfabrik Hütgers in Duisburg-Banheimer-
ort durch das Wagen einer 80 Tonnen umfassen-
den Teerblase ein Feuer aus. Die Arbeiter der Feuer-
wehr, die mit drei Schläuchen und acht Schlauchleitungen
das Feuer bekämpfte, gestatteten sich sehr schwierig, da
man sich darauf beschränken mußte, von weitem das
auslaufende Teer zu fällen.

Geständnis der beiden Vandalenkliebe.

Berlin, 2. Febr. Die beiden von der Kriminal-
polizei verhafteten „Rausche“ Marfat und Mi-
ler, die unter dem Verdacht standen, den großen Van-
daleneinbruch im Reichsanzengebäude verübt zu ha-
ben, legten ein umfassendes Geständnis ab.
Sie gaben an, mit zwei anderen den Einbruch verübt
zu haben. Die beiden seien mit dem größten Teil der
Beute verschwunden.

Ausbeutung einer Falschmünzwerkstatt.

München, 2. Febr. Nachdem vor einigen Wochen
hier und in Hamburg falsche Zweimarkstücke
aufgedeckt waren, gelang es der bayerischen Kriminal-
polizei nunmehr die Falschmünzwerkstatt auszu-
heben. Zwei Händler hatten in einem Pumpenfabrik-
eine Falschmünzwerkstatt mit allen erforderlichen Werk-
zeugen eingerichtet. Einige hundert fertige und halb-
fertige falsche Geldstücke wurden vorgefunden und be-
schlagnahmt, ebenso die Werkzeuge und das Material.
Gegen die beiden Händler, sowie gegen eine weitere
Anzahl Personen wurde ein gerichtliches Verfahren
eingeleitet.

Auflärung eines Mordes.

Osnabrück, 2. Febr. Der Mord an dem 73 Jahre
alten Rentner und Händler August Jäger in Neu-
kirchen-Ostfriesland hat durch die Ermittlungen der Staatsan-
waltschaft Osnabrück und der Kriminalabteilung Osnabrück
eine Aufklärung gefunden. Die Ermittlungen der
Staatsanwaltschaft führten bald zur Verhaftung des Täters
Rudolf Weiss, der gestand, den Jäger bei einem
Einkauf in Osnabrück erschossen zu haben. Bei dem
schon entzündenden Kampf hat er den Mann er-
schossen und in die vorbeischießende Weisung geworfen.

Schadenfeuer.

Bamberg, 2. Febr. Vermutlich infolge Kurz-
schlusses entbrach am Dienstagabend in dem mit
Stroh gedeckten Holzgebäude eines Wirtschaftsbetriebs
in Bamberg ein Feuer. Ein großer Schaden
entstand, da sich infolge der heftigen Winde rasch
ausbreitete und die ganze Wirtschaft mit allen Ernte-
vorräten, landwirtschaftlichen Maschinen und Mobiliar
vernichtete.

Verbannung wegen Spritschmuggels.

Münster, 2. Febr. Nach einer Meldung des „Meme-
rischen Kommandanten“ hat der Kommandant der memel-
schen Kommandantur drei memelische Staatsan-
gehörige wegen Spritschmuggels aus dem Memelgebiet
ausgewiesen und nach dem Bezirk Tschik in Litauen
verbann.

Mit 70 Jahren wegen dreifacher Brandstiftung ins Zuchthaus.

Osnabrück, 2. Febr. Das Schwurgericht verurteilte
den 70 Jahre alten Gendarmenbräutigam aus
Bielefeld, Fritz Sagen, wegen Brandstiftung in
drei Fällen zu insgesamt 2 Jahren Zuchthaus und
zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei
Jahre. Der Angeklagte hatte nach dem Geständnis
seines strafmündigen Enkels diesen dreimal eine
Brandstiftung angezettelt. In einem Falle ist eine
ganze Bauernwirtschaft mit sämtlichen Stall- und
Scheunräumen ein Raub der Flammen geworden.

Zerstörung einer Kirche durch Blisklag.

Rom, 2. Febr. In Cerale bei Genua schlug der
Blitz in den Turm einer aus dem 12. Jahrhundert
stammenden Kirche und zerstörte ihn vollständig. Die
beiden schweren Glocken fielen herab, eine davon
durchschlug das Gewölbe und fiel in die Kirche hinein.
Personen wurden nicht verunletzt.

Eine Familie durch Kohlenoxydgas getötet.

Rom, 2. Febr. In Velletri kam eine ganze Familie,
bestehend aus drei Personen, ums Leben, weil
sie, um sich gegen die Kälte zu schützen, zwei große Kan-
nen mit Kohlenoxyd im Schlafzimmer aufgestellt und die
Kohlenoxyd angezündet hatte.

Reflektorplosion in einer Färberei.

Paris, 2. Febr. In einer Färberei in Chaon bei
Epinal ereignete sich gestern auch noch ein Un-
fall. Eine Reflektorplosion. Durch die ausströmenden
Gase wurden 3 Arbeiter getötet und eine Anzahl
schwer verletzt.

Ein Indianerstamm verhungert.

Im Gegensatz zu dem warmen Winter in Deutschland
hatten die nördlichen Landstriche von Amerika und
Liberia einen frühen und sehr harten Winter, der für
die dort wohnenden Papuen und Indianerstämme schon
sehr oft von furchtbaren Folgen war. Es fehlt den
Bewohnern der Gegenden in derartig harten Wintern,
die auch meist von sehr großen Schneefällen begleitet
sind, die Möglichkeit, sich durch Jagd und Fischelei
Nahrung zu beschaffen, so daß sie schon oft genug in solch
strengen Wintern dem Hungertode anheimfielen. Die
Schneebedeckung in diesen Gegenden ist aber ungewöhn-
lich, daß von Weg und Steg kein Spur mehr zu sehen
ist, daß der Schnee unmöglich wird. Der diesjährige Winter
ist in diesen nördlichen Gegenden schon im November
vorigen Jahres mit aller Gewalt eingezogen und hat
die Tragödie eines kleinen Indianerstammes herbeigeführt.
Das Indianervolk des Oskammas, dessen Hauptort
der wilde Kenna Toffe ist, der durch seine Nähe der
Regierung viel zu schaffen machte, ist wochenlang von
der Außenwelt durch ungeheure Schneemassen
abgeschnitten worden, die hier schon seit vielen Jahr-
zehnten nicht mehr beobachtet wurden. Schnee und
Eis machten eine Verproviantierung der Dorfbewohner
unmöglich und als die Kälte nachließ und der Schnee
so weit geschmolzen war, daß man im Dorf an eine
Verproviantierung hätte denken können, war der größte
Teil der Bewohner schon verhungert. Die kräfti-
gsten Männer waren ebenfalls schon so schwach, daß
sie an lange Expeditionen nicht mehr denken konnten.
Das Dorf liegt 8 bis 10 Tagereisen von der nächsten
menschlichen Ansiedlung entfernt. Im Winter dürfte
sich die Reisezeit noch verlängern, so daß die Indianer
wohl kaum daran denken konnten, sich Hilfe zu verschaf-
fen. Das Dorf bestand aus ungefähr 500 Personen, die
alle umgekommen sind. Die Tragödie wurde durch
Bauernarbeiter entdekt, die den Weg für die neue Bahn-
linie abgefahren hatten und die beste Gelegenheit zum
Bau der Bahnlinie suchten. Die Indianer hatten an-
scheinend vor dem Sterben eine Andacht veranstaltet,
bei der die männlichen Bewohner des Dorfes lagen und
ihren alten Schmutz in einem Kreis, während Frauen
und Kinder in den Wägen saßen. Als die
Bauernarbeiter unter Führung eines Ingenieurs ins
Dorf kamen und hier die Leichenschaube wahrnahmen, daß
nur noch ein einziger Mann geringe Lebenszeichen von
sich gab, doch auch er war schon so schwach, um noch sprechen
zu können. Trotz aller Hilfsmittel, die man ihm an-
forderte, und alle Pflege, die man ihm an-
wandte, starb er wenige Stunden, nachdem man ihn
aufgefunden hatte.

Zur Wortsache Rosen.

Breslau, 2. Febr. Das Polizeipräsidium teilt mit:
In der Wortsache Rosen fanden den ganzen Tag über
weiter eingehende Vernehmungen der Befrag-
ten statt und im Anschluß an die Vernehmungen
eine ganze Reihe von Begleitemittlungen. Der
gelehrte segenommene Mitläufer Jahn wurde der Frau
K. u. m. n. gegenübergestellt. Er wiederholte vor ihr
sein bisheriges Geständnis und hielt ihr alle Ein-
gehaltene der Tat einschließlich einer genauen Beschrei-
bung der Verhältnisse des Innern des Hauses vor. Frau
K. u. m. n. erklärte sich darauf, alles für unrichtig
zu erklären. Sie habe drei Monate lang im Gefängnis
gesessen und ihre Unschuld beteuert. Sie werde das auch
weiter tun.

Zuchthäuser Jahn's Geständnis eine falsche Selbstbeschuldigung?

Breslau, 2. Febr. Man rechnet mit der Mög-
lichkeit, daß die Selbstbeschuldigung Jahn's im Falle Rosen
falsch ist. Derartige Selbstbeschuldigungen bei Zuch-
thäusern sind nichts Seltenes.

Oben Hedins neue Expedition.

Stockholm, 2. Febr. Wie der Korrespondent von
„Dagens Nyheter“ aus Peking berichtet, gewährte ihm
Dr. Oben Hedins ein Interview. In dem Briefe seine
zukünftigen Pläne auszuhandeln. Hiernach hatten die
Rettungsarbeiten von der Stadt Wankoufen, am Gelben
Fluß, ca. 375 Kilometer westlich von Peking, bis wohin
er sich auf den Weg macht, eine Expedition zu führen.
Von hier wird es weiter westlich durch die Erdmündung und
die Mündung nach Sami gehen, den Kuchukoufen
von Turkestan. Die Reise wird sodann nach der Haupt-
stadt Urumtschi fortgesetzt werden. Das wissenschaftliche
Programm der Expedition umfaßt geologische und geo-
graphische Untersuchungen, und die Erforschung aller
Kultur aus dem Altertum. An der Expedition nehmen
außer Oben Hedins zwei chinesische Geologen sowie drei
andere Chinesen, die gleichfalls geologisch ausgebildet
sind, teil. Als Reisebegleiter geht von Peking aus der
Chinesen Parson in Kalkan mit, welcher den Herzog-
titel von der Mongolei besitzt.

der Dorfbewohner
h und der Söhne
in Dorf an eine
ngert. Die kräf-
ge so schwach, daß
denken konnten.
von der nächsten
um Wirtler bürfte
obdaß die Anbauer
se Hilfe zu verlosch-
er 500 Personen, die
oble wurde durch
die die neue Bahn-
gelegenheit zum
andianer hatten an-
andst veranlaßtes,
es Dorfes lagen in
e, während Kenna
s freies Lag. Die
Süttens. Als die
Angerleuten in das
wahrnahmen, gab
Lebenszeichen von
um, noch sprechen
mittel, die man ihm
die man ihm anse-
nachdem man ihn

den. Zuerst bewies er, daß die Reichs- und Provinzialparlamente in der Tat die Aufgabe der Gewerbesteuer zu vergrößern beabsichtigten. Er zeigte, daß die Reichs- und Provinzialparlamente in der Tat die Aufgabe der Gewerbesteuer zu vergrößern beabsichtigten. Er zeigte, daß die Reichs- und Provinzialparlamente in der Tat die Aufgabe der Gewerbesteuer zu vergrößern beabsichtigten.

Borgholtz, 2. Februar. Unfall. Auf der Alten-
gestraße wurde der circa 65 Jahre alte Schnei-
der R., als er die Straße überqueren wollte, über-
fahren. Er wartete einen mit Stroh beladenen Wagen
an, als aus entgegengesetzter Richtung ein Auto heran-
kam, das er nicht früh genug bemerkte; er wurde am
Fuß schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus ge-
bracht werden.

* Emsdetten, 2. Februar. Sturz im Unglück. Ein
Unglück hatte Freitagabend ein Mädchen aus Ems-
detten in Ahrweiler überfallen. Es

— Ringenberg, 2. Februar. Ausbau des Beckens
nagrabens zur Insel. Der Bau des Verbindungs-
graben, der das Wasser des Königsbaches zu der Insel
überleitet soll, schreitet gut voran. Der Hauptgrund
ist die Gemeinde Ringenberg zur Anlage dieses Gra-
ben war wohl die dauernde Überwässerung der klein-
en Insel, die das vom Dingenser Gebiet kommende
Wasser nicht so schnell absetzen konnte. Der neue Graben
ist nun längs der Straße Dingens-Boßum in weite-
rer Breite und Tiefe. Er wird durch ein Betonboden
die kleine Insel geleitet. Um das Projekt ausführen
können, mußte die Gemeinde von den anliegenden
und besterben Land kaufen. Nach Fertigstellung des
Grabens wird an der Straßenseite eine Einfriedelung
nagen, um Unglücksfälle, die infolge der Nähe des Flu-
sses mit der Straße entstehen könnten, zu vermeiden.

Karlchen: Einen Stehkragen und ein Köckchen.
Dauernd Weiße Wäsche.
Fritschen: Opapa, warst du eigentlich auch mal jung?
Großvater: Natürlich, Fritschen.
Fritschen: Das muß aber komisch ausgesehen haben
mit dem langen weißen Bari.

[illegible]

